

Antrag 12/I/2020 Jusos LDK
Keine Verwirkung von Lohnansprüchen!

Beschluss: Annahme

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, eine Gesetzesvorlage in den Bundestag einzubringen, die die Verwirkung von Lohnansprüchen gesetzlich ausschließt. Dafür soll § 611a Abs. 2 BGB um den folgenden Satz ergänzt werden:

„Die Verwirkung der Vergütung ist ausgeschlossen.“

Die Mehrheit der Arbeitnehmer*innen in Deutschland leistet regelmäßig Überstunden. Viele von ihnen lassen sich diese Überstunden jedoch nicht ordnungsgemäß vergüten, weil sie eine Kündigung fürchten. Erst nach Ablauf des Arbeitsverhältnisses ist die Position der Arbeitnehmer*innen stark genug, ihr Recht auf Überstundenvergütung durchzusetzen. Selbst wenn die Arbeitnehmer*innen dann den Schritt vor Gericht wagen, kann dieses Recht in der Praxis regelmäßig nicht durchgesetzt werden. Verantwortlich dafür ist der Rechtsgrundsatz der Verwirkung. Dieser besagt, dass die Arbeitnehmer*innen ihr Recht auf Überstundenvergütung verirken, wenn sie ihr Recht über einen längeren Zeitraum nicht geltend gemacht haben und die Arbeitgeber*innenseite sich darauf eingerichtet hat, dass die Arbeitnehmer*innenseite ihr Recht auch in Zukunft nicht durchsetzen würde.

Die gängige Rechtspraxis verkennt die strukturelle Unterlegenheit der Arbeitnehmer*innen. Sie geht an der Realität des Arbeitslebens vorbei. Im Regelfall geht der Mensch seiner Arbeit mit einer klaren Vergütungserwartung nach. Daher kann es der Arbeitgeber*innenseite nicht zugebilligt werden, dass sie sich subjektiv darauf einstellen darf, die Arbeitnehmer*innen ab einem gewissen Zeitpunkt für ihre Überstunden nicht mehr bezahlen zu müssen.

Durch die Gesetzesänderung kann der Anspruch auf Überstundenvergütung nicht mehr verwirkt werden. Er unterliegt jedoch weiterhin der Verjährung und kann damit immer nur für die letzten drei Jahre durchgesetzt werden. Auch die objektive Schranke zur ehrenamtlichen Arbeit wird durch die Gesetzesänderung nicht verschoben.

Überweisen an

Bundesparteitag 2021, Landesgruppe

Stellungnahme(n)

Stellungnahme der Landesgruppe 2022:

Bestehende Lohnansprüche sind grundsätzlich einklagbar und sollten von Seiten der Arbeitgeber:innen nicht umgangen oder unterschritten werden. Arbeitnehmer:innen können im Zeitraum einer festgelegten Frist nicht geltend gemachte Lohnansprüche einklagen, wenn sie die notwendigen Nachweise (wie beispielsweise den Arbeits- oder Tarifvertrag, Stundenzettel o.Ä.) vorlegen. Zudem soll das Einklagen der Vergütung von abgesammelten Überstunden auch über die Kündigung hinaus möglich sein. Um gute Lohnansprüche weiterhin nachhaltig zu sichern, setzt sich die SPD für eine Ausweitung guter Tarife, die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung, wie u.a. durch die angedachte Reformierung des Betriebsverfassungsgesetzes, sowie die Stärkung der Gewerkschaften als verlässliche Interessensvertretung und Rechtsberatung der Arbeitnehmer:innen ein. Wenn Arbeitnehmer:innen jedoch eigenmächtig unterschreiben, dass sie auf ihre Lohnansprüche verzichten (w.z.B. in Form eines Aufhebungsvertrages), gibt es kaum Raum für politisches Handeln.

Beschluss des BPT 2021:

überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion